

## Toleranz muss beidseitig sein

Die europäische Vereinigung christlicher Parteien ECPM (European Christian Political Movement) nimmt zur Lage von Christen in der islamischen Welt Stellung.

- Im März 2010 wurden etwas 500 Christen im nigerianischen Bundesstaat Plateau ermordet.
- In Irak führten die andauernden Tötungen und Einschüchterungen im Februar zum Auszug vieler Familien aus Mosul. Nach UNO-Schätzungen sind seit 2003 mindestens 500.000 Christen (das ist die Hälfte der christlichen Bevölkerung des Iraks) aus dem Land geflohen.
- Im 7. Januar 2010 wurden in Ägypten sechs koptische Christen nahe ihrer Kirche während des zum koptischen Weihnachtsfest laufenden Gottesdienstes ermordet.
- Die iranische Polizei setzt willkürliche Übergriffe auf christlicher Gemeinschaften fort und verhaftet und misshandelt Gottesdienstbesucher und Geistliche.
- Im März schlossen die marokkanischen Behörden ein von Christen betriebenes Waisenhaus, verhafteten eine Anzahl christliche Missionare und wiesen sie wegen „Abwerbung von Moslems“ aus.

Während einige dieser Ereignisse auf Rivalitäten zwischen Volksgruppen zurückzuführen sind, haben in anderen Fällen lokale oder zentrale Behörden diese Übergriffe geduldet oder sogar dazu beigetragen.

Aus Sicht der ECPM sind diese bedauernswerten Aktionen im Licht eines staatlich geförderten Klimas von Intoleranz zu sehen, zusammen mit einer entsprechenden Gesetzgebung aus einer Strategie gegen religiöse Minderheiten. Obwohl in vielen heute muslimischen Ländern die einheimische Bevölkerung ursprünglich christlich war, sind deren Rechte drastisch eingeschränkt. In vielen Ländern die nach muslimischen Grundsätzen regiert werden, steht auf der Abkehr vom Islam die Todesstrafe. Christlichen Missionaren und Helfern drohen bei Kontakt mit Muslimen Gefängnis, Ausweisung, Folter und Tod. Gottesdienste, öffentliche Glaubensbekundungen oder die Einfuhr religiöser Schriften sind eingeschränkt oder gar verboten, auch für ausländische Christen.

In Anbetracht dessen, dass viele Regierungen, welche Christen und andere Minoritäten verfolgen, als „Partner“ der EU und europäischer Regierungen gelten, glaubt die ECPM, dass das Vermeiden einer offenen Diskussion, stillschweigendes Hinwegsehen über diese Fakten und eine Beschwichtigspolitik nicht länger annehmbare Strategien sind. Die ECPM erinnert daran, dass europäische Steuergelder an Regierungen gehen, welche grundsätzliche Werte der europäischen Zivilisation missachten: Lebensrecht, Gedankenfreiheit, Versammlungsfreiheit, Achtung von Minderheiten, Gleichbehandlung und Toleranz.

Die ECPM fordert deshalb diejenigen europäischen Körperschaften und Regierungen, über deren Kanäle Fördermittel und Hilfen an islamische Regierungen fließen, auf, weitere Förderungen an die Bedingung von greifbaren und messbaren Garantien für ein Mindestmass an Freiheit und Schutz für religiöse Minderheiten zu knüpfen,

Die ECPM appelliert an jene Regierungen islamischer Länder, welche diskriminierende oder aggressive Maßnahmen gegen Christen fördern, diese Praktiken einzustellen und Freiheit und Toleranz zu ermöglichen. ECPM erinnert daran, dass Bürger dieser Länder, wenn sie nach Europa kommen, dort die vollen bürgerlichen, politischen und sozialen Rechte genießen können. Wir rufen hiermit die politischen und religiösen Autoritäten islamischer Länder auf, Reziprozität Gutwilligkeit und Menschlichkeit herzustellen, in dem sie Christen und Missionaren, die in islamischen Ländern leben oder sie besuchen, wenigstens die grundlegenden Menschenrechte garantieren.

Aus unserer Sicht kann eine effiziente Zusammenarbeit zwischen Europa und der islamischen Welt nur erreicht werden, wenn die bestehenden Probleme offen ausgesprochen werden und Verständnis und Toleranz nicht nur von einer Seite gezeigt werden.